

Cresta, Maximilian

Article — Digitized Version

Probleme der italienischen Brennstoffwirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Cresta, Maximilian (1951) : Probleme der italienischen Brennstoffwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 11, pp. 29-31

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131416>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Grandenser Staatsbahn verbraucht. Außerdem sind 100 000 t für das Wärmekraftwerk in São Jeromino und 50 000 t für die Portland-Zementwerke Cimensoul bestimmt.

Der Absatz der im Staat Paraná gewonnenen Kohle beschränkt sich auf die Deckung des Bedarfs dieses und des benachbarten Staates São Paulo; 70 000 t sind schon jetzt der Normalbedarf der Eisenbahnen Paraná—Santa Catarina und Sorocabana. Man verspricht sich besonders hier eine wesentliche Einsparung an Brennholz, von dem die Bahnen jährlich rund 2 Mill. cbm verfeuern. Die Verbilligung der Kohle wird die Errichtung einer Zementfabrik (50 000 t Kohle) und die Vergrößerung der Zellulosefabrik von Monte Alegre (50 000 t Kohle) ermöglichen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, die privaten Bergbaubetriebe bei der Mechanisierung des Abbaus finanziell zu unterstützen. Diese Finanzierung geht bis zu einem Gesamtbetrag von 180 Mill. Cr\$. Die Betriebe, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, ver-

pflichten sich damit, ihre Produktion und Preispolitik dem nationalen Kohlschema anzupassen und einzuordnen. Gleichzeitig sind, wie bereits erwähnt, 50 Mill. Cr\$ für die Finanzierung von Unternehmen zur Gewinnung von Schwefelsäure und Rohschwefel aus heimischer Kohle vorgesehen. Der Absatz dieser Produktion ist gesichert, sei es im Lande selbst, sei es durch die starke Nachfrage auf dem Weltmarkt.

Da die Durchführung des Kohlenplans im wohlverstandenen nationalen Interesse liegt und nicht zuletzt von militärischer Seite befürwortet wird, genießt der Import von allen dafür notwendigen Maschinen und Geräten, Schiffahrts- und Eisenbahnmateriale Prioritätsrechte bei Devisenzuteilung und Einfuhrlicenzen. Es ist bisher nicht zu übersehen, welche Lieferländer außer den USA. dafür in Frage kommen. Vorherrschend ist die Tendenz, die Auftragserteilung von den günstigsten, d. h. kürzesten Lieferfristen abhängig zu machen, damit der Plan in seinen wesentlichen Teilen so schnell wie möglich durchgeführt werden kann.

Probleme der italienischen Brennstoffwirtschaft

Maximilian Cresta, Rom

Das Problem der Einfuhrabhängigkeit der italienischen Brennstoffversorgung hatte sich mit der fortschreitenden Industrialisierung und zumal in den Mangeljahren unmittelbar nach dem ersten und zweiten Weltkrieg zugespitzt und ist zu einer beständigen Sorge der Staatslenkung geworden. In den zwei Jahrzehnten des faschistischen Autarkieregimes nach 1920 wurde eine Teillösung durch eine möglichst beschleunigte Nutzbarmachung der vorhandenen Wasserkräfte teilweise unter einem wirtschaftlich nicht oder kaum mehr verfechtbaren Investitionsaufwand gesucht und gefunden. Aber die Stromerzeugung konnte mit dem Stromverbrauch doch nicht Schritt halten, und zu Ende der dreißiger Jahre hieß es, daß Italien bereits die Grenze der Nutzbarmachung seiner Wasserkräfte erreicht habe. Indessen sind doch noch einige Wasserkraftwerke hinzugekommen, und ein paar andere sind geplant oder werden erwogen. Damit kann aber das Elektrifizierungsprogramm auf Wasserkraftbasis als naturbedingt abgeschlossen gelten. Tatsächlich hat der wachsende Energiebedarf nach dem zweiten Weltkrieg die Errichtung einer Anzahl von Wärmekraftwerken auf der Basis von Importkohle erzwungen.

DIE KOHLESITUATION

Die in Italien selbst geförderte Kohle ist minderwertig. Mussolini hatte zur Drosselung des Importbedarfs, der etwa zur Hälfte (1938 ca. 7 Mill. t) in Deutschland gedeckt wurde, die Eigenproduktion durch eine große Bergwerksanlage in Istrien (Arsa, heute von Jugoslawien fast ausschließlich zur Belieferung Italiens in Betrieb gehalten) und durch forcierte Ausbeute der sardischen Vorkommen (Sulcis, unwirtschaftlich nicht nur hinsichtlich der Qualität, sondern auch bezüglich der Kosten) beträchtlich gesteigert, sie erreichte 1938 annähernd 2,4 Mill. t. Vor dem ersten Weltkrieg fanden die sardischen Lignite nur auf der Insel selbst

und in den nahen Festlandsorten als Brennkohle Verwendung, und die istrische Kohle kam in Österreich überhaupt nicht auf den Markt. Gegenwärtig weist die italienische Statistik eine allmählich abgleitende Inlandsproduktion auf, die für die ersten sieben Monate 1951 ca. 60 000 t Anthrazitkohle (unter Einschluß von Trias-Kohle) und etwas über 630 000 t Sulcis-Kohle ergab. Während der gleichen Zeit wurden an Stein- und Anthrazit-Kohle annähernd 6,09 Mill. t eingeführt.

Steinkohleneinfuhr Italiens Januar—Juli 1951

(in 1000 t)			
Südafrika	188,7	Belgien-Luxemburg	421,1
Saar	192,6	Polen	708,4
Frankreich	254,1	USA.	1 816,7
England	339,6	Deutschland (West)	1 840,3

Die von Jugoslawien erhaltene Braunkohle (Arsa) machte ca. 33 000 t aus. Seit dem Sommer zeigen sich im Import aus Übersee Schwierigkeiten, die nicht so sehr auf die Deckung der Bedarfsmengen in den Produktionsländern als auf die starke Verknappung der Transportmittel zurückgehen. Die italienische Kohlenlage weist gegenwärtig einen fühlbaren Engpaß auf, und die Lagerbestände sind kleiner geworden.

DIE TREIBSTOFFWIRTSCHAFT

Wenn für die Kohle die italienische Auslandsabhängigkeit als endgültig angesehen werden kann, so liegen die Dinge auf dem Gebiet der flüssigen Brennstoffe anders. Die in der mittleren und östlichen Poebene seit vier Jahren fortgesetzten Forschungen nach erschließbaren Erdöllagerungen scheinen ermutigende Resultate erbracht zu haben. Die Fördermenge von etwas über 8 000 t, die Italien vom Januar bis Juli dieses Jahres (ungefähr mengengleich der Jahresproduktion von 1950) aus seinem Boden hervorgeholt hat, sind allerdings noch kein Beweis dafür. Das in seinen Raffinerien zur Deckung des Inlandsbedarfes, aber auch für Ausfuhrzwecke verarbeitete Erdöl stammt

nach wie vor so gut wie ganz aus dem Ausland. Die in den ersten sieben Monaten 1951 bezogene Rohölmengemenge belief sich auf 3,632 Mill. t im Devisenwert von 51,04 Mrd. Lire. Der Hauptanteil (1,706 Mill. t) kam aus Saudi-Arabien, dann folgte der Iran (451 000 t), Irak (319 000 t), Libanon (233 000 t), Venezuela (211 000 t). Der Rest (667 000 t) wurde aus anderen Ländern bezogen. Im europäischen Erdölverbrauch stand 1950 Italien (nach Rußland, England und Frankreich) an vierter Stelle, im ersten Halbjahr 1951 wurde es von Westdeutschland überflügelt. Der englisch-persische Ölstreit hat Italien in Mitleidenschaft gezogen, da der Ausschluß des Iran aus den Sterlingblockländern mit zugestanderener Pfund-Dollar-Konvertibilität zur Folge hat, daß dieser Anteil des italienischen Erdölimportes nicht mehr wie bisher aus den Ausfuhrerlösen in englischer Währung, die sich in den letzten Monaten bedenklich angehäuften, bezahlt werden kann. Man zieht eine Umlagerung der Einfuhren aus dem Iran auf Saudi-Arabien in Erwägung, zumal dessen Produktion in starkem Anstieg ist. Ob diese Möglichkeit geboten sein wird, läßt sich schwer voraussagen, da sie davon abhängt, ob unter den derzeitigen Verhältnissen arabische Mehrlieferungen erzielbar sein werden. So besteht für Italien die Gefahr, daß es seine Ölkäufe gegen Dollardevisen erhöhen muß.

Die von Italien im Bereich seiner Treibstoffwirtschaft verfolgte staatsmonopolistische Politik, die im Sektor der Wasserkraftwirtschaft ihre Ergänzung findet, bildet gegenwärtig den Gegenstand erregter Diskussionen in Industriekreisen. Diese Politik ist nicht neu, die Polemik setzt jedoch immer wieder ein, wenn die Regierung sich anschiebt, einen weiteren Schritt in der konsequent verfolgten Richtung zu machen. Das Programm als solches geht auf die Konzeption Mussolinis zurück. Der Übergang von der Einfuhr der Endprodukte zur Rohöleinfuhr setzte einen planmäßigen Ausbau moderner Raffinerieanlagen voraus. Der Entwicklungsprozeß, der unter Aufwendung großer öffentlicher Mittel vorangetrieben wurde, mündete in ein System der Staatskontrolle, das schon 1930 in voller Wirksamkeit war. Staatsabhängige Dachorganisationen — im besonderen die allmächtige Agenzia Generale del Petrolio „AGIP.“ — wurden errichtet und finanziell, technisch, kaufmännisch, aber auch fachwissenschaftlich ausgerüstet. Dieses die Treibstoffwirtschaft des Landes in ihren Großbetrieben beherrschende, in ihren mittleren und kleineren Produktionsanlagen überwachende, die Rohstoffverteilung bestimmende, aber auch den Absatz der Fertigerzeugnisse (vor allem die Benzin-Zuweisung) regelnde Regime ließ bald das Hervortreten monopolistischer Tendenzen erkennen.

MUTUNGSARBEITEN

Das Hauptargument, das den Verfechtern des Staatsinteresses bei der Auseinandersetzung mit den Einwendungen der Privatwirtschaft zur Hand ist, bildet der Treibstoffreichtum, der in der Form von Erdöl und Erdgasen in der Tiefe des italienischen Bodens liegt und dessen Erforschung und Ausbeutung die Kräfte der Privatwirtschaft übersteigt. Den im voraus nicht

bestimmbaren Kapitalaufwand, sowie die zur Exploitation erforderliche wissenschaftliche Vorarbeit könne heute in Italien nur der Staat leisten.

Bereits vor einem Vierteljahrhundert (1926) hat die AGIP mit Erdölforschungen in der Po-Ebene begonnen, und Prüfsonden wurden verschiedentlich bis zu einer Tiefe von 2500 m in die Erde getrieben (damals berief man sich auf fachmännische Gutachten, die das Vorhandensein eines mächtigen Erdölsees unter der Ebene als wahrscheinlich bezeichneten). Vereinzelt wurden bescheidene, aber immerhin positive Resultate erzielt. Die Förderung heimischen Rohöls erreichte 1932 mit 27 000 t ihre Maximalleistung. Die frühere Ansicht von der geologischen Jugend der Po-Ebene, die das Vorkommen von Erdölschichten für ausgeschlossen hielt, war widerlegt. Drei Jahre nach Kriegsende nahm die AGIP die unterbrochene Arbeit wieder auf und zog später (1949) auch ausländische Experten heran. Heute kann die These von Erdöllagerungen unter der Po-Ebene (zwischen dem Alpenvorland und dem Nordhang des Appennins) als unbestritten gelten, und es bleibt nur zu untersuchen, ob und wo diese Lager derart oberflächennahe sind, daß an ihre industrielle Ausbeutung gedacht werden kann.

DIE METHANPRODUKTION

Bei dem im Sommer 1949 in Padua abgehaltenen „Methan-Kongreß“ lag ein Bericht der AGIP vor, in dem die Tagesergiebigkeit des Bohrschachtes von Cortemaggiore (Parma-Piacenza) mit 5 t Rohöl und 70 000 cbm Erdgas angegeben war. Finanzminister Vanoni hatte diesen Angaben hinzugefügt, daß erstmalig in Italien Erdöl „in einer Menge gefunden worden sei, die zur industriellen Ausnützung hinreiche“. Regierung und AGIP scheinen das Heraustreten aus der Reserve bedauert zu haben, da darauf ein wahres „Erdölfieber“ einsetzte. Jedenfalls wurde seither über den Fortgang der Mutungsarbeiten nach flüssigen Brennstoffen Stillschweigen gewahrt und statt dessen die Bedeutung der Gasfunde in den Vordergrund gerückt. Daß es sich um gewaltige Methanbestände handelt, die eine Umgestaltung der italienischen Brennstoffwirtschaft ermöglichen und ihr eine weitgehende Unabhängigkeit vom Auslandsbezug zu bieten vermögen, kann nicht mehr bezweifelt werden. Erfahrungsgemäß lassen andererseits die Methanlagerungen auf Erdölvorkommen in verhältnismäßig geringer Tiefe schließen, wobei es sich allerdings auch um Tiefen von 3000 oder 4000 m handeln kann. Erst in solcher Tiefe würde man, nach dem Urteil einiger Experten, auf große Erdölmengen stoßen.

Seit vier Jahren ist die italienische Methanproduktion, die zu zwei Dritteln in den Händen der AGIP liegt, während sich das restliche Drittel auf zahlreiche mittlere Unternehmungen verteilt, verfünffacht worden; 1950 hat sie bereits 500 Mill. cbm überschritten, eine Menge, die im Brennwert ca. 750 000 t Steinkohle gleichkommt. In diesem Jahr, in dessen Verlauf zahlreiche neue Schächte in Betrieb genommen worden sind oder genommen werden (die Gesamtzahl der Schächte hat im Frühherbst 2000, die Tagesförderung 6 Mill. cbm überschritten), dürfte die Gesamtförderung 1,5 Mrd. cbm erreichen. Die weitere Produk-

tionsentwicklung, der praktisch dank den unermeßlichen Reserven der Po-Ebene keine Grenze gezogen ist, wird von dem Tempo abhängen, in dem der Verbrauch mit ihr Schritt zu halten vermag. Die Industrie wird sich (nicht zuletzt in Auswirkung des staatlichen Investitionsprogrammes) fortschreitend auf den Methanbetrieb umzustellen haben; das Methan soll wie bereits in einigen norditalienischen Städten das Leuchtgas, aber auch die Heizkohle ersetzen und als Basis für geothermische Kraftwerke dienen. Das Methanverteilungsnetz, das gegenwärtig Rohrleitungen in der Länge von über 1000 km umfaßt und innerhalb dreier Jahre sich verdoppeln soll, hat 1950 von der oben erwähnten Produktion rund 440 Mill. cbm an die Verbrauchsstellen herangebracht, 52,2 Mill. cbm wurden in Behältern abgegeben, und der Rest fand innerhalb der Produktionsbetriebe Verwendung.

Für den November ist eine Konferenz in Perugia angesagt, die sich mit einem neuen Methanleitungsprojekt zu beschäftigen und der Regierung konkrete Vorschläge zu übergeben haben wird. Es handelt sich um den Bau einer Rohrleitungsanlage, die Zentralitalien, vor allem Rom (ermittelter Tagesverbrauch von 1,3 bis 2 Mill. cbm), das Industriezentrum Terni, wie andere Industriestädte mit Methan aus der Po-Ebene zu versorgen hätte. Andererseits hat die staatliche Erdgasstelle (Ente Nazionale del Metano) eine Gesellschaft, die „Società Italiana Ricerche Coltivazione Idrocarburi“, ins Leben gerufen, die die spezielle Aufgabe hat, auf der Halbinsel — also vom Apennin bis zur Südspitze — Suchbohrungen zur Auffindung von Methanlagern vorzunehmen. Der genannte Ente Nazionale del Metano führt im Rahmen eines Fünfjahresplanes Bohrungen im Gebiet von Ravenna, von Verona und in den Marken durch, während die AGIP ihr Programm von 10 auf 22 Bohrungen erweitert hat. Der Ausrüstungsbedarf wird zum großen Teil aus dem ERP-Fonds bestritten.

DER STAATSMONOPOLISMUS

Der italienische Staat, der auf dem Gebiet der Kohle als Großimporteur und Verteiler ohnehin den Markt beherrscht, auf die Erdölindustrie des Landes über die AGIP und die anderen Kontroll- und Finanzierungsinstitute bestimmenden Einfluß hat, durch seine direkten und indirekten Beteiligungen an allen Raffineriebetrieben von Bedeutung der wirkliche Großindustrie in diesem Sektor ist (an den ersten Raffinerieanlagen des Landes, Bari und Livorno, ist er mit der „Standard Oil Company“ mit 50 % beteiligt) und der nun schon als der Hauptinteressent an der Methanausbeute auftreten kann, zeigt sich entschlossen, diese Position endgültig zu festigen. Daß die Regierung auf eine Monopolisierung der Lagererschließung abzielt (wobei die Kohle begreiflicherweise außer Betracht bleibt), gilt seit zwei oder drei Jahren als eine durch Dementierungen und Umdeutungen nur verschleierte Tatsache. Nichtsdestoweniger hat die Bekanntgabe ihres dem Parlament eingebrachten Gesetzentwurfes auf die Brennstoffindustrie, darüber hinaus auf die Privatindustrie und die Privatwirtschaft im allgemeinen, alarmierend gewirkt. Der Konzeption liegt offensichtlich die Absicht zugrunde — durchaus nicht

ohne Einsatz der Privatinitiative —, den in seiner Fülle noch keineswegs abschätzbares Bodenreichtum dem Staat in die Hand zu spielen und ihm die Festsetzung der Preise und Gewinnmengen zu überlassen. Grundsätzlich sieht das Gesetz allerdings sowohl die Erteilung von Konzessionen zur Durchführung von Suchbohrungen als auch zur Ausbeute der fündigen Lager an Privatunternehmer jeweils auf dem zugewiesenen Areal gegen Nachweis ausreichenden Kapitals vor, wobei dem Staate eine prozentuale Beteiligung an der Produktion — in natura oder in Geld — und die Kontrolle des Betriebes zusteht. Erstrecken sich die Nachforschungen auf Grund privater Finanzierung auf ein Gebiet von über 3000 ha, können mit der Konzession weitergehende Vergünstigungen zugestanden werden. Von der Po-Ebene jedoch, dem Eldorado der Methanföderung und der Plattform der Erdöloffnungen, bleibt das private Unternehmertum ausgeschlossen. Sie bildet ein Reservat des „Ente Nazionale Idrocarburi“ (ENI), eines neuen, unmittelbar staatsabhängigen und nur dem Staate verantwortlichen Institutes, zu dessen Errichtung das Gesetz den Staat ermächtigt. In diese Großorganisation werden die bisherigen halbstaatlichen („parastatali“) Spitzenanstalten der Erdöl- und Erdgasproduktion — auch die AGIP und der Ente Nazionale Metano — eingegliedert und sie erhält die Verwaltung der Staatsbeteiligungen in diesem Bereich zugewiesen. Sie wird als Finanzierungszentrale des ihr zugewiesenen Wirtschaftssektors fungieren und über die Vorarbeiten und technische Durchführung der Nachforschungen zu bestimmen haben. Dagegen dürfte sie, wie man hört, die Rohölföderung in den einzelnen Produktionsgebieten Gesellschaften übertragen, die sie gründet und überwacht. Das Rohrleitungsnetz, sein Betrieb und sein Ausbau, bleibt ausschließlich der Leitung des „ENI“ vorbehalten. Was die Erdöl-Verarbeitungsindustrie anlangt, würde sich — wenigstens solange keine ausschlaggebende Produktion in Italien einsetzt — an der mehr oder weniger unbehinderten Bewegungsfreiheit der Privatunternehmungen kaum etwas ändern. Eben erst hat das Industrieministerium zwei neue Raffinerie-Konzessionen erteilt, die eine an die Società Azioni Raffinazione (SAROM) zur Errichtung eines Betriebes mit einer Jahreskapazität von 80 000 t, die andere an die CJCSA, Triest, zum Bau einer Raffinerie in Porto Nogaro mit 200 000 t Jahreskapazität. Eingaben der Vacuum Oil Co. und der RASIOM über ein großes Erweiterungsprogramm ihrer Anlagen auf Grund der Vorschläge der OEEC-Kommission liegen zur Genehmigung vor.

Daß die Regierung ihren Gesetzesantrag kraft der Stimmenmajorität, die sie sich über die Parteien zu sichern vermag, durch beide Kammern — vielleicht mit unwesentlichen Änderungen — hindurchbringen wird, ist mehr als wahrscheinlich. Die Einwendungen der privatwirtschaftlichen Organisationen und der Einspruch des Industriellenverbandes blieben wirkungslos. Wie weit der ENI, der die Merkmale einer Monopolverwaltung trägt, seine Tätigkeit in der Praxis ausweiten wird, muß nach den beschwichtigenden Äußerungen der Regierung abgewartet werden.